

Kooperationsvereinbarung

„Regionale Klärschlammstrategien für Rheinland-Pfalz“

- Information -

Vertragspartner

- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung
- Fachorganisation "Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen" der kommunalen Spitzenverbände, dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und dem Städtetag Rheinland-Pfalz
- Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) - Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.,

Anlass und Zweck

Der Klärschlamm aus den rheinland-pfälzischen Kläranlagen wird bisher weit überwiegend landwirtschaftlich verwertet. Die Rahmenbedingungen verändern und verschärfen sich derzeit rapide (Düngerecht, Polymere, Neufassung der AbfklärV). Auf absehbare Zeit ist mit starken Einschränkungen dieses Verwertungsweges zu rechnen, wenn nicht sogar mit einer völligen Aufgabe. Vor diesem Hintergrund stehen die kommunalen Abwasserbetreiber vor der Herausforderung, ihre Klärschlammverwertung mittelfristig neu aufzustellen, d.h. entsprechend der sich ändernden Rahmenbedingungen nachhaltige und wirtschaftliche Alternativlösungen zu entwickeln und zu etablieren. Erschwert wird dies durch die noch großen Ungewissheiten in den rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese befinden sich noch in einem fortlaufenden Entwicklungs- bzw. Änderungsprozess. Heute ist noch nicht abschließend erkennbar, welche alternativen Verwertungswege und Technologien sich am Ende als nachhaltig bzw. als wirtschaftlichste Lösung herausstellen werden. Art und Umfang der Klärschlammverwertung haben auch einen deutlichen Bezug auf die Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie für unsere Flüsse und Bäche sowie das Grundwasser.

Ziele der Kooperation

Angesichts u.U. langer Vorlaufzeiten, insbesondere bei größeren Investitionen, ist es jedoch geboten, sich zeitnah und frühzeitig darauf einzustellen und mit den vorbereitenden Analysen und Weichenstellungen zu beginnen. Diesen Prozess flächendeckend im Land einzuleiten, ist Ziel dieses Kooperationsprojekts. Die kommunalen Abwasserbetriebe werden dabei aktiv und unterstützend begleitet. Dabei sind Synergien zu nutzen und Kräfte zu bündeln, indem sich die kommunalen Abwasserbetriebe aus eigener Initiative auf regionaler Ebene zusammenschließen und gemeinsam Strategien und Konzepte für die künftige Klärschlammverwertung entwickeln. Diese Konzepte sind auf der Grundlage möglichst weitreichender interkommunaler Kooperationen umzusetzen. Aus Sicht des MULEWF sollen dabei auch Beiträge geleistet werden zur gewässerschonenden Landwirtschaft, zum vorsorgenden Bodenschutz sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz und die Verringerung von Treibhausgasemissionen.

Dezentrale Lösungsansätze sollen in dieser Konzeption in hohem Maße Berücksichtigung finden. Genauso wichtig ist es, dass sehr differenzierte Vorschläge erarbeitet werden, bei

denen auch der Handlungsbedarf identifiziert wird, um eine weiterreichende und vorbeugende Vermeidung von Schadstoffeinträgen in die Gewässer zu erreichen.

Die Unterstützung der kommunalen Abwasserbetriebe durch die Kooperationspartner erfolgt durch Information, fachliche Beratung, aktive Begleitung, Schaffung von Netzwerken (Klärschlammplattform) und versteht sich damit als "Hilfe zur Selbsthilfe". Sie dient weiterhin maßgeblich der Verbesserung der Fachkenntnisse der Akteure vor Ort in den kommunalen Abwasserbetrieben und insoweit der Weiterbildung.

Gegenstand der Kooperation

Das Kooperationsprojekt umfasst drei Kernaufgaben, die modular aufeinander aufbauen und schrittweise in der nachfolgenden Reihenfolge umgesetzt werden sollen:

1. Landesweite Bestandsaufnahme

Die landesweite Bestandsaufnahme soll anhand einer Erhebung aller Abwasserwerke auf Basis eines Fragebogens auf Excel-Basis erfolgen (Anlage: Entwurf). Ziel ist ein landeseinheitlicher Datenbestand, auch bezogen auf die bereits angelaufenen Projekte "Region Trier" und "Rhein-Hunsrück-Kreis". Dazu erfolgt eine entsprechende Abstimmung mit diesen regionalen Erhebungsbögen. Die erhobenen Daten werden ausschließlich projektintern verwendet und in der Darstellung anonymisiert.

2. Regionale Klärschlammforen

Klärschlammforen sind regionale Fachforen mit der Zielgruppe Werkleitungen und Bürgermeister. Ziel der Fachforen ist es, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, alle auf einen einheitlichen Informationsstand zu bringen - insbesondere über die Ergebnisse der Bestandserhebung, gemeinsam die potenziellen Optionen zu beraten und entsprechende Vorschläge von Seiten der Kooperationspartner zu unterbreiten. Im Ergebnis sollen diese Veranstaltungen den Startpunkt für einzelne regionale Initiativen setzen (soweit noch keine bestehen). Der Teilnehmerkreis wird bewusst offen gehalten, um keine vorherige Abgrenzung vorzunehmen, sondern dazu auf die Eigeninitiative der kommunalen Aufgabenträger zu setzen, die jeweils passenden Partner zu finden.

3. Landesweite Plattform Klärschlammstrategie

Zur Begleitung der einzelnen Initiativen wird eine landesweite Plattform geschaffen. Ziel ist es, die Einzelinitiativen übergreifend zu koordinieren, insbesondere

- Sicherung eines landesweit einheitlichen Informationsstands in den Regionen;
- Plattform für den Austausch von Ergebnissen und Erfahrungen (z.B. Runder Tisch);
- Unterstützung/Beratung bei der Erstellung von Analysen oder Konzepten bzw. Vermittlung solcher Leistungen (z.B. durch Ing.-Büros);
- Unterstützung/Beratung bei der Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen (technisch, organisatorisch, finanziell usw.) vor Ort je nach Bedarf; Vermittlung solcher Leistungen (Kommunalberatung, Ing.-Büros usw.) im Hinblick auf dezentrale Lösungsansätze;
- Vorschläge für die weitere Verwertung weitgehend unbelasteter Klärschlämme in der Landwirtschaft verbunden mit einer deutlich besseren Entlastung von Schadstoffen.
- Die Plattform soll Grundlage für ein landesweites Netzwerk aller an der Zukunft der Klärschlammverwertung interessierten bzw. die davon berührten Organisationen werden, das über die Laufzeit des Projektes hinaus Bestand haben soll. Angesprochen sind neben den Projekt- und Kooperationspartnern bzw. deren Mitgliedern auch die Hochschulen, Anlagenhersteller, Verwerter bzw. Maschinenringe und andere mehr.

Aufgaben der Kooperationspartner

Die Projektleitung liegt gemeinsam in den Händen der Geschäftsstelle des Gemeinde- und Städtebundes (für die Fachorganisation Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen) sowie der Geschäftsstelle des DWA-Landesverbandes. Die Projektleitung erfolgt in Abstimmung mit den übrigen Kooperationspartnern.

Die Aufgaben der Projektleitung sind insbesondere:

- Die operative Bearbeitung aller drei Kernaufgaben nach § 2,
- Bereitstellung der dafür notwendigen personellen Ressourcen (Projektmitarbeiter),
- Bereitstellung des erforderlichen „Overhead“ (Büro, Sachmittel usw.),
- Sicherstellung der notwendigen Abstimmungen zwischen den Kooperationspartnern,
- Ordnungsgemäße Verwaltung und Nachweisung der Verwendung der Projektmittel,
- Geschäftsführung des Beirats.

Die Aufgaben der Ministerien MULEWF und das MWKEL sind insbesondere

- Bereitstellung der wasserwirtschaftlichen bzw. abfallwirtschaftlichen Stammdaten für die Bestandsaufnahme bzw. - soweit notwendig - ggf. weiterer für die Projektabwicklung notwendiger Daten aus den zentralen Datenbeständen der Wasserwirtschafts- bzw. Abfallwirtschaftsverwaltung,
- Fachliche Beratung der Projektträger sowie der Abwasserwerke im Rahmen der Plattform Klärschlammstrategie,
- Fachliche und personelle Unterstützung der regionalen Klärschlammforen in Form von Fachvorträgen,
- Maßgebliche Finanzierung des Projekts und
- Förderung der Umsetzung konkreter Maßnahmen, die aus den regionalen Projekten entwickelt werden, gemäß den jeweiligen Förderrichtlinien.

Beirat

Zur fachlichen Begleitung des Kooperationsprojekts wird ein Beirat gebildet, der die Projektleitung bei der Umsetzung des Projekts beratend begleitet. Dieser setzt sich zusammen aus

- je zwei Vertretern der Kooperationspartner,
- je einem Vertreter der laufenden bzw. der sich noch bildenden regionalen Initiativen,
- einem Vertreter der Wissenschaft,
- zwei Vertretern der abfallbeseitigungspflichtigen Körperschaften und
- einem Vertreter der Landwirtschaft
- einem Vertreter der Umweltverbände
- einem Vertreter der lebensmittelerzeugenden Industrie

Die Ingenieure bzw. Ingenieurbüros sind über den DWA-Landesverband vertreten.

Der Beirat benennt einen Vorsitzenden / eine Vorsitzende aus den Reihen der vier Kooperationspartner.

Laufzeit und Finanzierung

Die Kooperation hat eine Laufzeit von 3 Jahren nach Unterzeichnung. Über eine ggf. erforderliche Verlängerung des Projektes ist 6 Monate vor Ablauf zu entscheiden.

Von den veranschlagten Gesamtkosten des Projekts trägt das Land 85 Prozent, den Rest übernehmen die kommunalen Spitzenverbände und die DWA.